Morgen- № 93. Ausgabe. den 25. Februar 1902.

Berlin, Dienstag,

Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.

Bezugs-Preis: vierteljährl. für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Botenlohn, für ganz Deutschland und Oesterreich 9 Mk.

Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika u. s. w. Kreuzband-Sendung 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen: für Frankreich bei Aug. Aumel in Straßburg i. E., für England bei Aug. Siegle in London, 30 Lime Street E. C., Cowie & Co. in London, 19 Gresham Street E. C.

Berliner Börsen-Zeitung.

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen: Verlingungs-Anzeiger. Hôtels- und Bäder-Anzeiger. Vollständige Ziehungslisten der Preußischen Klassen-Lotterie. Allgemeine Verloosungs-Tabellen mit Restanten-Listen und viele andere wichtige tabellarische Uebersichten.

Insertions-Gebühr: die viergespaltene Zeile 40 Pf. Reclametheil 80 Pf.

Telegramm-Adresse: Börsenkrone.

Expedition der Berliner Börsen-Zeitung: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Inserate: in der Expedition.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 243.

Für den Monat **März cr.** eröffnen wir ein **besonderes Abonnement.** Auswärts und in Berlin werden die Bestellungen zum Preise von 3 Mark bei allen Postanstalten, in Berlin zum Preise von 2 Mark 50 Pfg. — excl. Botenlohn — bei sämmtlichen Zeitungs-Spediteuren, sowie in unserer Expedition, Kronenstr. 37 entgegengenommen.

Am Scheidewege.

Seit dem Wiederzusammentreten des Reichstages zu seiner gegenwärtigen Sitzungsperiode ist am heutigen Tage genau ein Vierteljahr verflossen, aber die Hauptaufgabe der Session ist gleichwohl ihrer Lösung nicht näher gerückt, sondern ihr vielmehr ferner, als je. Und die Schuld hieran ist, es läßt sich das nicht verhehlen, nicht zu suchen bei den grundsätzlichen Gegnern des neuen Zolltarifs, sondern bei jenen Unbekehrbaren, die nicht einsehen wollen, daß man auch im Fordern Maß halten muß, will man nicht das Erreichbare aufs Spiel setzen.

Diese Woche, die soeben begonnen, soll, wie wenigstens von denen erwartet wird, die in erster Linie die derzeitige verworrene Lage geschaffen haben, eine Klärung bringen. Aber auf was für eine Klärung soll denn eigentlich noch gerechnet werden können, nachdem selbst die bedeutsamen Ereignisse der letzten Woche, so sehr sie auch dazu angethan waren, volles Licht über die thatsächliche Lage zu verbreiten, in dieser Hinsicht versagt haben? Nachdem schon vor zehn Tagen beim Festmahl des Deutschen Landwirthschafts-Raths der Reichskanzler jedes Mehr an Mindestzollsätzen über die Vorlage hinaus für unannehmbar erklärt hat; nachdem am vorigen Mittwoch der Vertreter Badens in der Commission namens seiner Regierung sich mit gleicher Bestimmtheit gegen alle weitergehenden agrarischen Anträge ausgesprochen hat; nachdem Tags darauf der Staatssecretär Graf Posadowsky nicht nur den Compromißantrag Herold für in keiner Form und in keinem Stadium annehmbar erklärt, sondern auch ausdrücklich die Mindestzollsätze der Vorlage (für Getreide) als „äußerste Grenze" bezeichnet hat mit dem Hinzufügen: „wie das schon der Herr Reichskanzler gethan habe", — was erwartet man da noch mehr an „Klärung!?" Und was für eine deutlichere Sprache erwartet und verlangt man noch, nachdem auch der „Staatsanzeiger für Württemberg" sich zum Schluß voriger Woche mit der jeden Zweifel ausschließenden Versicherung eingestellt hat, die Württembergische Regierung glaube bei den Sätzen des Entwurfs bis an die „Grenze des Möglichen und Erträglichen" gegangen zu sein!

Wie kann alledem gegenüber sich noch Jemand einreden wollen, das letzte Wort sei seitens der verbündeten Regierungen vielleicht doch noch nicht gesprochen? Und wie kann in einer volkswirthschaftlichen Correspondenz noch die Behauptung gewagt und kritiklos von dem hervorragendsten conservativen Blatte Berlins nachgedruckt werden: „Bislang wisse man noch nicht, welche Autorität außer der des Staatssecretärs Grafen Posadowsky selbst hinter seiner Erklärung stehe". Was soll man ferner gar dazu sagen, wenn in Blättern, die doch sonst ernst genommen sein wollen, den verbündeten Regierungen geradezu ein Vorwurf daraus gemacht wird, daß sie bereits in dem gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen, also schon in der Commission und während diese sogar erst in der ersten Lesung begriffen sei, sich so wie geschehen haben vernehmen lassen. Wenn das wirklich ein, wie die „Deutsche Tageszeitung" es nennt, „ganz ungewöhnliches" Geschehniß ist — was sich im Uebrigen bestreiten läßt —, so kann doch, wem an dem Zustandekommen der Zolltarif-Revision auch nur das Geringste gelegen ist, mit einem solchen früh- und rechtzeitigen Eingreifen der Regierungen in den Gang der Dinge nur einverstanden sein. Es ist doch unzweifelhaft nur willkommen zu heißen, wenn von Seiten der verbündeten Regierungen nicht erst in einem Augenblicke, wo es vielleicht zu spät und wo nichts mehr zu retten ist, sondern zu rechter Zeit auf die Gefahr hingewiesen wird, welche mit dem Va banque-Spiel der Agrarier verknüpft ist. Den verbündeten Regierungen ist daher geradezu als Verdienst anzurechnen, was ihnen — begreiflicher Weise auch nur um des Inhalts ihrer Stellungnahme willen — von den agrarischen Organen zum Vorwurf gemacht wird.

„Klärung" wird hiernach die neue Woche mit ihren heute wiederbeginnenden Commissions-Verhandlungen höchstens insoweit zu bringen vermögen, als sich ja über kurz oder lang herausstellen muß, ob die großen Worte, mit welchen die Führer der agrarischen Bewegung einstweilen noch jede Nachgiebigkeit von sich gewiesen haben, wirklich in die That übersetzt werden oder ob sie Worte bleiben sollen. Guter Rath kommt ja manchmal über Nacht. Man braucht es deshalb noch nicht als ausgeschlossen anzusehen, daß selbst diejenigen Heißsporne, die sich auf eine Ablehnung der Zolltarifvorlage, für den Fall daß dieselbe bezüglich der Getreidezollsätze unverändert bleibt, bereits so gut wie festgelegt haben, sich noch eines Anderen besinnen. Der Centrums-Abgeordnete Herold, dessen Namen der Compromißantrag trägt, und der bei Vertheidigung dieses seines Antrages am vorigen Mittwoch die Verantwortung für ein etwaiges Scheitern der Vorlage den verbündeten Regierungen zuschob, und ebenso Herr Dr. Oertel, der gleichfalls breits die Schuld an einem voraussichtlichen Nichtzustandekommen des Zolltarifs ausschließlich bei der Regierung sucht, werden bei ruhiger Erwägung doch wohl nicht so ganz leichten Herzens über das Bedenken hinwegkommen, ob die von ihnen in die agrarische Bewegung hineingepeitschten Landwirthe in diesem Punkte ihre Ansicht theilen werden. Auch unter den Landwirthen wird es doch sicherlich Einsichtige in Menge geben, die ganz genau wissen, daß jederzeit das Bessere des Guten Feind ist Und wenn derselbe Herr Dr. Oertel in einer Versammlung des Berliner conservativen Wahlvereins in voriger Woche erklärt hat, daß „die ganze conservative Partei" die Vorlage, falls sie unverändert bleibe, abzulehnen beschlossen habe, so darf man dahinter doch wohl ein dickes Fragezeichen machen, wenngleich auch die „Kreuz-Ztg." die Commissions-Verhandlungen nur noch fortgeführt zu sehen wünscht, „um Gewißheit zu erlangen, ob das letzte Wort der Regierung wirklich bereits gesprochen ist oder nicht!"

Es giebt doch auch unter den Conservativen ganz gute Rechner. Und es gehört nicht einmal ein besonders guter Rechner dazu, um sich klar zu machen, daß etwas besser ist als nichts. Wenn sogar einer der extremsten Bündler, ein Führer des Bundes der Landwirthe, der Provinzialvorsitzende desselben für Westpreußen, Herr von Oldenburg-Januschau, als Candidat in dem bisher von Herrn v. Puttkamer-Plauth vertretenen Wahlkreise erklären konnte: „er sei kein Unmensch und werde nehmen, was zu bekommen sei", so — doch nein! Wir wollen daraus lieber keine Schlüsse ziehen, denn man weiß ja, was man zu denken hat von Erzählungen und Behauptungen ebenso während einer Wahlbewegung, wie nach einer Jagd! Aber die Versicherung jenes Wahlcandidaten vor seinen Wählern, zu nehmen, was zu bekommen sei, scheint jedenfalls bei seinen conservativen Wählern keinen Anstoß erregt zu haben, wenigstens hat man davon nichts gehört. Und daraus darf man allerdings einen Schluß ziehen: den nämlich, daß es selbst in der verhetzten landwirthschaftlichen Wählerschaft schwerlich verstanden werden würde, wenn die conservative Partei im Reichstage einem Phantom noch höherer Getreidezölle zu Liebe das ablehnen wollte, was ihr in der Vorlage der verbündeten Regierungen geboten wird. Die Wahl ist zwar an jedem Scheidewege schwer, aber wenn die Herren in diesem Falle mehr den Verstand als das Gefühl walten lassen, können sie nicht in Zweifel darüber sein, welchen Weg sie einzuschlagen haben.

Telegramme.

Haag, 24. Februar. (C. T. C.) Der Verwaltungsrath des internationalen Schiedsgerichtshofes ist auf den 5. März einberufen worden, um auf Verwaltungsfragen bezügliche Berichte entgegenzunehmen.

London, 24. Februar. (C. T. C) Die „Times" meldet aus Hongkong vom 22. d. M.: Die Deutschen Missionare, welche nach der Zerstörung des Missionshauses in Fraynen entkommen waren, sind hierher zurückgekehrt.

Cetinje, 24. Februar. (C. T. C.) [Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Corresp.-Bur.] Wie von der Grenze gemeldet wird, griffen Albanesen reguläre Türkische Truppen an, weil der Mörder des Mollah Zekka ihnen nicht ausgeliefert worden sei. Es seien in dem Kampfe, der noch fortdauere, mehr als 60 Personen getödtet bezw. verwundet, und es herrsche an der Grenze große Erregung.

(Siehe auch in der I. und II. Beilage.)

Amtliche Nachrichten.

Der König hat dem Rechtsanwalt und Notar Justizrath Eberhard zu Hanau den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Capitainleutnant Mayer (Heinrich) vom Stabe S. M. Küstenpanzerschiffs „Aegir", dem Pastor Zimmermann zu Niedergörsdorf im Kreise Jüterbog-Luckenwalde und dem Kreis-Bauinspector, Baurath Engelmeier zu Minden i. W. den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Geheimen Rechnungs-Revisor beim Rechnungshofe des Deutschen Reichs, Geheimen Rechnungsrath Sachs den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse, dem Marine-Ober-Zahlmeister Karl Wulf, Schiffs-Zahlmeister S. M. großen Kreuzers „Fürst Bismarck", und dem Kanzlei-Secretär Friedrich Rosenberg bei der Seewarte in Hamburg den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse, den Lehrern Heinrich Büsching zu Eldagsen im Kreise Minden und Hermann Haastert zu Mülheim a. d. Ruhr den Adler der Inhaber des Königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern, dem Eisenbahn-Stations-Assistenten Wilhelm Wiest zu Köln und dem Schutzmann Franz Dierich zu Charlottenburg die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Der Kaiser hat dem Präsidenten des Reichs-Militairgerichts, General der Infanterie à la suite der Armee Freiherrn von Gemmingen die Erlaubniß zur Anlegung des von dem König von Württemberg ihm verliehenen Großkreuzes des Friedrichs-Ordens verliehen.

Der Kaiser hat die Ernennung des Vorstandes des Schiffsvermessungsamts, Geheimen Regierungsraths Schunke zum nichtständigen Mitgliede des Patentamts auf weitere fünf Jahre erstreckt.

Der König hat dem Geheimen Ober-Regierungsrath und vortragenden Rath im Ministerium des Innern von Klitzing den Charakter als Wirklicher Geheimer Ober-Regierungsrath mit dem Rang der Räthe erster Klasse verliehen, den Geheimen Ober-Regierungsrath und vortragenden Rath im Ministerium für Landwirthschaft, Domänen und Forsten Freiherrn von Seherr-Thoß zu Berlin zum Präsidenten der Regierung in Liegnitz zum 1. April d. J., ferner auf Grund des § 28 des Landesverwaltungsgesetzes vom 30. Juli